

POSTULAT von Kurt Leuch (EVP, Oberengstringen), Markus Schaaf (EVP, Rämismühle) und Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil)

betreffend Zulassung mobiler politischer Werbung von Parteien in Einkaufszentren

Der Regierungsrat wird eingeladen, wenn nötig mittels Gesetzeserlass dafür zu sorgen, dass Einkaufszentren mobile politische Werbung (kleine, tragbare Standeinrichtung, Sammeln von Unterschriften, Verteilen von Flyern) von Parteien für Wahlen und Unterschriftensammlungen zulassen müssen.

Kurt Leuch
Markus Schaaf
Johannes Zollinger

88/2011

Begründung:

Viele Einkaufszentren in Privatbesitz verbieten solche Aktivitäten im Indoorbereich ihres Zentrums und teilweise sogar auf ihrem gesamten Gelände. So sind für die Parteien die Leute nicht mehr erreichbar und nicht mehr ansprechbar, insbesondere diejenigen, die mit dem Auto in die Tiefgarage fahren und von dort direkt mit dem Lift ins Einkaufszentrum gelangen.

Da viele Leute heutzutage brieflich abstimmen, sind auch die Wahl- und Abstimmungslokale weniger lange geöffnet und viel schwächer frequentiert als früher.

Die Parteien haben eine entscheidend wichtige Funktion in der Aktivierung, Sensibilisierung und Information der Bevölkerung für politische Themen. Sie müssen deswegen Zugang zu den Orten haben, an denen sie die Bevölkerung auch wirklich antreffen. Neben allen anderen Formen von Werbung ist der persönliche Kontakt der Parteien mit der Bevölkerung wichtig und nötig. Er soll deswegen an diesen Orten ermöglicht werden.